



Türkische Gemeinde in Deutschland – Obentrautstr. 72 - 10963 Berlin

Obentrautstr. 72  
10963 Berlin  
☎ 030 – 23 63 51 00  
☎ 030 – 21 00 36 32  
☎ 030 – 23 63 55 89

<http://www.tgd.de>  
[info@tgd.de](mailto:info@tgd.de)

Referent für Presse und  
Öffentlichkeitsarbeit  
D r . Cihan Sinanoğlu

E-Mail : [cihan.sinanoğlu@tgd.de](mailto:cihan.sinanoğlu@tgd.de)

Mobil : 0176 35720381

Pressemitteilung

02. September 2019

## **Nach den Landtagswahlen: TGD sieht Grundlage unseres Zusammenlebens in Gefahr**

Berlin – Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) zeigt sich zutiefst besorgt über die Wahlergebnisse in Brandenburg und Sachsen.

Am 1. September haben die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg und Sachsen einen neuen Landtag gewählt – mit erschreckendem Ergebnis. In beiden Bundesländern ist die AfD zweitstärkste Partei mit einem sprunghaft gestiegenen Stimmenanteil gegenüber der letzten Wahlen 2014. In Brandenburg haben 23,5 Prozent der Wähler\*innen AfD gewählt, in Sachsen waren es sogar 27,5 Prozent.

Der Vorsitzende der TGD, Gökay Sofuoğlu, erklärt:

*„Die Wahlen in Brandenburg und Sachsen machen deutlich, dass Rassismus in den neuen Bundesländern wieder mehrheitsfähig geworden ist. Das muss uns als ganze Gesellschaft aufrütteln. Das wichtigste ist jedoch, dass die demokratischen Parteien endlich aufhören müssen, sich die Agenda von rechten Strömungen diktieren zu lassen. Die Themen Gerechtigkeit, Bildung, Zusammenhalt und Vielfalt müssen in den Vordergrund rücken.“*

Die TGD fordert alle Demokrat\*innen auf, sich jetzt für eine aktive Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft einzusetzen. *„Wir müssen deutlich machen, dass eine vielfältige und offene Gesellschaft keine Belastung ist, die durch Migration entsteht, sondern vielmehr eine Chance, um überkommene Verfahrensweisen und Systeme mutig zu überdenken und Chancengleichheit aller in Deutschland lebenden Menschen zu ermöglichen.“*, so Sofuoğlu weiter.

Der Vorsitzende der TGD, Atila Karabörklü, führt abschließend aus:

*„Wer Grundrechte in Frage stellt, stellt die Grundlage unseres Zusammenlebens in Frage. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass sich die Mehrheit für ein weltoffenes Deutschland selbstbewusst zeigt, dass Alte und Junge, Frauen und Männer, Menschen gleich ihrer Religion oder sexuellen Orientierung, Deutsche mit und ohne Einwanderungsgeschichte gemeinsam für unsere Zukunft eintreten. Wir dürfen nicht wegschauen vor menschenverachtenden Haltungen, wir dürfen diese Wahlergebnisse nicht verharmlosen. Es ist Zeit, unsere Demokratie und die Werte unseres Grundgesetzes zu verteidigen!“*